

Eignerstrategien in der Schwebel



«Der, der zahlt, darf schon sagen, wo es hingeht. Alles andere ist für mich eine Art Davonstehlen»: FBP-Fraktionssprecherin Christine Wohlwend sieht es als legitim an, dass die Regierung von öffentlichen Unternehmen verlangt, bei der PVS zu bleiben.
Bild Elma Korac

Nachdem die AHV aus der PVS austreten wollte, überraschte die Regierung mit der Nachricht, dies mittels Abänderung der Eignerstrategie nicht zuzulassen. Ein zu harter Eingriff, findet die VU-Landtagsfraktion – nötig und nur gerecht, sagen FBP-Abgeordnete.

Von Ramona Banzer

Vaduz. – Im September fügte die Regierung einen Zusatz in die Eigner-

strategien der AHV, der Liechtensteinischen Gasversorgung und der LKW sowie in die Beteiligungsstrategie der Liechtensteinischen Post AG, damit diese öffentlichen Unternehmen nicht aus der Pensionsversicherung für das Staatspersonal (PVS) austreten können. Zwei Positionen standen sich im gestrigen Landtag gegenüber: VU-Abgeordnete erklärten, dass dies ein zu starker Eingriff in das Operative der Unternehmen darstelle. FBP-Abgeordnete vertraten die Meinung, man könne nicht der Landesverwaltung dies vorschreiben und den öf-

fentlichen Unternehmen nicht. Dadurch entstehe schliesslich die Ungerechtigkeit, dass die Verwaltungsangestellten einen Solidaritätsbeitrag für die PVS leisten müssen und die Angestellten der öffentlichen Unternehmen nicht.

«Völlig falsches Instrument»
Die VU-Landtagsfraktion reichte bereits den Antrag ein, den einschneidenden Zusatz vom September wieder zu streichen. «Die Eignerstrategien sollten lediglich die Strategie festlegen und nicht in das Operative



Will nicht, dass die unternehmerische Freiheit beschnitten wird: Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (VU) spricht sich dagegen aus, dass AHV, LGV, LKW und die Post AG zum Verbleib bei der staatlichen Pensionskasse gezwungen werden können.
Bild Daniel Ospelt

und in die unternehmerische Freiheit eingreifen. Sie ist das völlig falsche Instrument für solche Belange», sagte Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (VU). Der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler vertrat diese Ansicht ebenfalls.

Der Abgeordnete Herbert Elkuch (DU) wies darauf hin, dass für ihn kein Anlass bestehe, die öffentlichen Unternehmen am Austritt aus der PVS zu hindern, da die Austritte laut der Regierung der PVS keine relevanten finanziellen Nachteile bringt. «Der, der zahlt, darf schon sagen, wo es hingeht.

Alles andere ist für mich eine Art Davonstehlen», so die Meinung der FBP-Fraktionssprecherin Christine Wohlwend. Die FBP-Abgeordneten Gerold Büchel und Wendelin Lampert hielten dem Landtag den Spiegel vor, wie damals die Diskussion und die Knackpunkte rund um das Öffentliche-Unternehmen-Steuerungsgesetz aussahen. Schliesslich wurde gestern kritisiert, dass der Landtag in die Eignerstrategien nicht eingreifen, sondern lediglich durch parlamentarische Vorstösse Änderungen «wünschen» kann.